



HESSISCHER LANDTAG

04.08.2025

Kleine Anfrage

Dr. Frank Grobe (AfD), Jochen K. Roos (AfD) und Lothar Mulch (AfD)**Wissenschaftsfreiheit in den USA und in Hessen vom 06.06.2025****und**

Antwort

Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Vorbemerkung Fragesteller:

In den vergangenen Wochen wurde das Thema „Wissenschaftsfreiheit in den USA“ breit in der deutschen Öffentlichkeit thematisiert. Aktuell plant die deutsche Bundesregierung ein sogenanntes „1000-Köpfe-Programm“, um „Top-Wissenschaftler“ nach Deutschland als „sicheren Hafen der Wissenschaftsfreiheit“ zu locken, ein Unterfangen, an dem nach Medienangaben auch der Wissenschaft-Standort Hessen partizipieren möchte. Und auch Wissenschaftsminister Timon Gremmels äußerte sich anlässlich des Richtfests für das Center for Humanities Frankfurt Ende Mai 2025 zur Wissenschaftsfreiheit in den USA. So behauptete er, dass das, was in den USA geschehe, „nicht nur ein Angriff auf die nationale, sondern die globale Wissenschaftsfreiheit“ sei. Eklatante und offensichtliche Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit werden im Allgemeinen mit nicht-demokratischen, autoritären oder gar diktatorischen politischen Regimen in Verbindung gebracht, weshalb die oben erwähnte Behauptung für Kritik gesorgt hat. Das teilweise Absprechen der Wissenschaftsfreiheit in den USA durch einen Vertreter der Hessischen Landesregierung steht jedoch auch im fundamentalen Widerspruch zu einer anderen in Medien zitierten Aussage des Staatsministers, wonach „die USA ein wichtiger Partner für Hessen“ sei.

Vorbemerkung Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) waren an der Gründung des Landes Hessen maßgeblich beteiligt und haben den Wiederaufbau des Landes sowie den Aufbau der öffentlichen Verwaltung umfassend unterstützt. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hessen und den USA waren außerordentlich eng und sind es auch heute. Dies gilt im Besonderen auch für Hessens ältesten Partnerstaat Wisconsin.

Gerade als wichtiger Partner von Wissenschaftseinrichtungen und Regionen der USA bekräftigt die Landesregierung, dass die Wissenschaftsfreiheit in Art. 5 Absatz 3 des Grundgesetzes und zudem in Artikel 10 der Hessischen Landesverfassung verankert und ein Grundrecht ist. Dieses Grundrecht gilt für alle, die in wissenschaftlicher Weise tätig sind oder werden wollen und muss unabhängig von äußeren Einflüssen, Vorgaben und insbesondere Zensur gewährt werden. Diese offene Forschungskultur ohne Denkverbote gilt es zu gewährleisten und zu verteidigen – in Hessen und weltweit. Dies stärkt Hessen als Wissenschaftsstandort und schafft attraktive Bedingungen für exzellente Forscherinnen und Forscher aus aller Welt. Wenn in unseren Partnerhochschulen in einem Land, das in Wissenschaft, Forschung und darüber hinaus eng mit Hessen vernetzt ist, die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre gefährdet ist, wird sich die Landesregierung entschieden gegen jegliche Versuche der Einschränkung oder Aushöhlung dieser für die Demokratie wesentlichen Grundfreiheiten aussprechen. In Solidarität mit den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist die Bedeutung des Austauschs und der internationalen Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu unterstreichen; ebenso wie die Kritik an allen Maßnahmen, die geeignet sind, gerade diese offene wissenschaftliche Kooperation zu gefährden.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund wie folgt:

Frage 1 Wie bewertet die Landesregierung das aktuelle Verhältnis des Landes Hessen zur Bundesregierung der Vereinigten Staaten von Amerika und insbesondere auch zum hessischen Partnerstaat Wisconsin?

Die Antwort bitte begründen.

Die traditionell engen Beziehungen zwischen Hessen und den USA stehen auf einem starken Fundament. Kooperationen im Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungsbereich waren stets feste Anker in den gegenseitigen Beziehungen. Hinzu kommt die besondere Bedeutung Hessens als größter Militärstandort der US-Army in Europa. Seit Ende 2024 ist zudem das Ukraine-Kommando der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Wiesbaden untergebracht. Dies unterstreicht die strategische Bedeutung Hessens für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der USA und der NATO.

Unabhängig vom aktuellen politischen Geschehen auf Bundesebene in den USA ist Hessen der deutsche Wirtschaftsstandort Nummer eins für amerikanische Unternehmen. Unser Außenhandel mit den USA hat mittlerweile einen Umfang von über 25 Mrd. Euro (vgl. China: 16,5 Mrd. Euro). Mehr als 1.500 US-Unternehmen haben sich in Hessen niedergelassen, über 15.000 US-Bürgerinnen und -Bürger leben und arbeiten in Hessen und prägen so das internationale Ansehen des Landes.

Hessen und der US-Bundesstaat Wisconsin betreiben seit fast 50 Jahren eine erfolgreiche Partnerschaft, die als die erste Partnerschaft zwischen einem Bundesstaat der USA und einem deutschen Bundesland gilt.

Erst im April dieses Jahres hatte Hessen den Gouverneur von Wisconsin, Tony Evers, und seine Wirtschaftsministerin, Missy Hughes, und Delegation zu Gast. Gouverneur Evers war erstmals zu Besuch in Hessen. Die Delegationsreise des Gouverneurs zeigte klar, wie bedeutsam die Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern für Wisconsin ist. Im Zentrum des Besuchs standen Gespräche mit Ministerpräsident Rhein, Digitalministerin Sinemus, Wissenschaftsminister Gremmels, Kultusminister Schwarz und dem damaligen Staatssekretär Becker. Zusammen mit Mitgliedern des Freundschaftsvereins Hessen-Wisconsin, hessischen Wisconsin-Alumni und dem amerikanischen Generalkonsul Heath wurde die Delegation mit einem Empfang in der Staatskanzlei geehrt. Zudem hatten der Gouverneur und seine Wirtschaftsministerin Termine mit der Schunk-Group und Merck/Darmstadt (beide mit Niederlassungen in Wisconsin), Informationsgespräche an einer städtischen Kindertagesstätte und an einem Berufsschulzentrum sowie zur bilateralen Hochschulkooperation. Neben dem allgemeinen Austausch war dem Gouverneur das Thema Bildung und Hochschulen besonders wichtig. Insbesondere die frühkindliche Betreuung, organisiert und verantwortet durch die Kommunen, sieht er als Vorbild an. In den USA liegt dies - soweit vorhanden - ganz in privaten Händen.

Für Hessen bleibt die Partnerschaft mit Wisconsin einer der Grundpfeiler der internationalen Arbeit. Mit Blick auf den Außenhandel, im Bereich Wissenschaft und Technologie sowie bei der Frage des Erhalts der hiesigen US-Militärstützpunkte hat Hessen ein strategisches Interesse, mit den USA zusammenzuarbeiten.

Frage 2 In Bezug auf Frage 1: Wie ist die Aussage des Wissenschaftsministers Timon Gremmels zu verstehen, dass das, was in den USA geschehe, „nicht nur ein Angriff auf die nationale, sondern die globale Wissenschaftsfreiheit“ sei?

Die Antwort bitte begründen.

Wissenschaft kennt keine Grenzen. In Hessen etwa bestehen zurzeit 135 Kooperationen mit US-Hochschulen in Forschung und Lehre, Landespartnerschaften mit Wisconsin und Massachusetts, Hessen ist aufs Engste mit den USA vernetzt. Wissenschaftsfreiheit gehört zum Kern freiheitlich-demokratischer Gesellschaften. Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit in einem Land, wie derzeit in den USA, gefährden die internationale Wissenschaftsgemeinschaft insgesamt. Freiheit der Wissenschaft und internationaler Austausch sind Grundlage für weltweiten wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und zentral für die Lösung globaler Herausforderungen.

Frage 3 Inwiefern ziemt es sich für einen hessischen Staatsminister den Zustand der Wissenschaftsfreiheit eines anderen demokratischen (Partner-)Landes öffentlich zu kommentieren und abzuwerten?

Die Antwort bitte begründen.

Vor dem Hintergrund der langjährigen hervorragenden hessischen Kooperationen mit den USA steht ein Wissenschaftsminister in der Verantwortung, Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit wie derzeit in den USA klar zu benennen, sich solidarisch zu zeigen mit den wissenschaftlichen Kooperationspartnern und an das gemeinsame Fundament der Partnerschaft zu erinnern. In seiner Rede zur Wissenschaftsfreiheit im Hessischen Landtag am 25. Juni, wie in seinem am gleichen Tag im Namen der gesamten Landesregierung gehaltenen Grußwort anlässlich der Feierlichkeiten des US-Generalkonsulates bekannte sich der Wissenschaftsminister deshalb auch grundsätzlich zur Partnerschaft mit den USA: „Sie sind unser Bündnispartner, und sie bleiben es.“ (FAZ, 26. Juni 2025, Seite 36). Das Thema sei größer, wie etwa der Umgang mit Forschungsdaten z. B. in der Klimaforschung zeige. Man brauche die USA in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

- Frage 4 Vor dem Hintergrund, dass im sogenannten „1000-Köpfe-Programm“ der Bundesregierung die aktuelle Regierung der USA im Zusammenhang mit einer vermeintlich abnehmenden Wissenschaftsfreiheit gar nicht explizit benannt wird: Erkennt die Landesregierung in der von Staatsminister Timon Gremmels öffentlich getätigten Aussage, dass das, was in den USA geschehe, „nicht nur ein Angriff auf die nationale, sondern die globale Wissenschaftsfreiheit“ sei, eine Verunglimpfung der USA, welche nach einer anderen Aussage des Staatsministers jedoch auch ein „wichtiger Partner für Hessen“ sei?

Die Antwort bitte begründen.

Die Landesregierung erkennt in dem Adressieren der derzeitigen Wissenschaftspolitik in den USA von Seiten des Wissenschaftsministers im Gegenteil eine Stärkung des demokratischen Fundaments, das Hessen mit den USA verbindet.

- Frage 5 In Bezug auf Frage 4: Befürchtet die Landesregierung aufgrund der Abwertung der Wissenschaftsfreiheit in den USA durch einen Staatsminister des Landes Hessen eine Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen und der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung?

Wenn Nein: Warum nicht?

Die Antwort bitte begründen.

Diplomatische Beziehungen werden von jedem der Demokratie und Wissenschaftsfreiheit verpflichteten Land oder Staat in Bezug auf diese gemeinsamen Werte entwickelt. Kooperations- und Gesprächsangebote in Wissenschaft und Forschung werden von hessischer Seite unvermindert aufrechterhalten.

Wiesbaden, 8. Juli 2025

Timon Gremmels